



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Werner Kalinka (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerpräsidentin

Klaus Gärtner / Dr. Karl Pröhl / Staatskanzlei

1. Bezahlte die Landesregierung dem Arzt Dr. Salam Fahrtkosten für Reisen in den Nahen Osten, die dieser gemeinsam mit Herrn Dr. Pröhl unternahm?

Zu 1.

Ja, für eine Reise nach Palästina, Israel und Jordanien im Juli 1999.

2. Wenn ja:
Warum, auf welcher Rechtsgrundlage?
Wie hoch waren die Kosten, welche Reise(n) wurden bezahlt?
Wer zeichnete die Abrechnung(en) ab? Wie war der Reisezweck definiert?
War der Ex-Chef der Staatskanzlei, Dr. Gärtner, an den unter 1. und 2. angesprochenen Vorgängen beteiligt? Wenn ja: in welcher Weise?

Zu 2.

Rechtsgrundlage für die Kostenübernahme von insgesamt 2.541,96 DM bildet die Ermächtigung durch den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1999. Aus Titel 0301 – 529 06 – gibt es zwei Anordnungsbelege, die mit allen erforderlichen Bescheinigungen der rechnerischen und sachlichen Richtigkeit durch die dafür zuständigen Mitarbeiterinnen versehen sind. Die Anordnungsbefugnis wurde durch den zuständigen Referenten vorgenommen.

Der seinerzeitige Chef der Staatskanzlei, Klaus Gärtner, hatte in seiner Funktion als Vorsitzender des Lenkungsausschusses gegenüber dem Leiter des EXPO Projektes 2000, Herrn Dr. Pröhl, mit Schreiben vom 18. Mai 1999 die Bereitschaft erklärt, Herrn Dr. Salam bei seinem Kooperationsprojekt, das eine Bestandsaufnahme über die medizinische Versorgung in Palästina zum Inhalt hatte, finanziell zu unterstützen. Herr Dr. Salam sollte die Möglichkeit gegeben werden, für seine Reise nach Palästina Originalrechnungen der Flug-/Hotelkosten bis zu einer Höhe von maximal 5.000,00 DM einzureichen.

3. Wer bezahlte die Reisen von Herrn Dr. Pröhl? Wurden dazu Mittel aus dem Landeshaushalt oder aus dem EXPO-Haushalt verwandt? Zudem bitte auch hier die Beantwortung der unter 2. angesprochenen Fragen.

Zu 3.

Ausweislich der Unterlagen des EXPO-Projekts wurden die Gesamtkosten der von Herrn Dr. Pröhl gemeinsam mit Herrn Dr. Salam vom 02. bis 08. Juli 1999 unternommenen Reise nach Palästina in Höhe von 6.216,00 DM zunächst zu Lasten des Budget EXPO Projekt getragen. Nach Abzug eines von der Firma Siemens geleisteten Kostenbeitrages in Höhe von 5.000,00 DM, welcher zugunsten des Budgets EXPO Projekt vereinnahmt wurde, wurde somit ein Betrag in Höhe von 1.216,00 DM vom EXPO Projekt getragen. Reisezweck: Medizinische Bedarfsanalyse / Kooperation EXPO 2000 und Weltweite Projekte. Herr Dr. Pröhl hat die Vollständigkeit und Richtigkeit seiner Angaben auf der Reisekostenabrechnung – entsprechend dem in der Investitionsbank (IB) üblichen Verfahren – durch eigene Unterschrift bestätigt.

4. Hat Herr Dr. Pröhl Anträge in 1999/2000/2002 für Reisen in den Nahen Osten gestellt? Wenn ja: welche? Wer genehmigte diese?

Zu 4.

Die o. g. Reise von Herrn Dr. Pröhl ist nach Abstimmung im EXPO-Lenkungsausschuss als EXPO-Dienstreise von der IB-Geschäftsleitung genehmigt worden.

5. Hat Herr Dr. Pröhl diese Reisen während seiner Dienstzeit unternommen?

Zu 5: Ja.

6. In welcher Form und/oder für wen war Herr Dr. Pröhl „eine Vertrauensperson“ (Ministerpräsidentin Simonis in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 13. April 2002)?

Zu 6.

Herr Dr. Pröhl hatte als EXPO-Projektleiter innerhalb der IB eine mit der Stellung von IB-Führungskräften vergleichbare Vertrauensstellung inne. Vertrauensstellung bedeutet, dass eine Führungskraft, die für Aufgaben mit hohem Komplexitätsgrad verantwortlich ist, deren Bewältigung ein ausgeprägtes Maß an Eigeninitiative erfordert, ihre Aufgaben nur wahrnehmen kann, wenn ihr sowohl hinsichtlich der Herangehensweise als auch der Gestaltung des Tagesablaufes erheblich mehr Freiraum eingeräumt wird, als z. B. einem Sachbearbeiter. Nach § 7 Nr. 2 des Aufgabenübertragungsvertrages zwischen der Landesbank und dem Land Schleswig-Holstein unterlag Herr Dr. Pröhl für die Dauer seiner Abordnung zur IB der Weisungsbefugnis der IB-Geschäftsleitung. Die fachliche Weisungsbefugnis wurde dem Lenkungsausschuss übertragen.

7. Was hat Ministerpräsidentin Simonis am 20. Februar 2002 (Lübecker Nachrichten vom 31. März 2002) was „Ende“ 2001 (Schleswig-Holstein Magazin vom 25. März 2002) zu Herrn Dr. Pröhl erfahren?

Zu 7.

Wie bereits mehrfach – zuletzt am 29. April 2002 im Schleswig-Holsteinischen Landtag - öffentlich erklärt, hat Ministerpräsidentin Simonis am 20. Februar 2002 erfahren, dass Herr Dr. Pröhl die Ausübung der von ihm beantragten Nebentätigkeit bei der Firma B&B gerRelations AG, versagt worden war. Vor Beantragung der Nebentätigkeit hatte Herr Dr. Pröhl der Staatskanzlei erstmals mit Schreiben vom 14. September 2001, Eingang 20. September 2001, seine Ernennung in den Vorstand der o. g. Firma schriftlich angezeigt.

Auf die Frage, ob der damalige Chef der Staatskanzlei über die Nebentätigkeiten von Herrn Dr. Pröhl „Bescheid gewusst hätte“, hat Ministerpräsidentin Simonis am 25. März 2002 im Schleswig-Holstein Magazin, erklärt, dass die Staatskanzlei über diese „Aktivitäten ... erst Ende des letzten Jahres unterrichtet worden sei“.

Mittlerweile hat Herr Dr. Pröhl öffentlich erklärt, dass es nicht Aufgabe der Ministerpräsidentin sein könne, „sich über Details der Personalentwicklung oder des Personalwesens zu informieren“; dies sei „nie Gegenstand unserer Gespräche

gewesen“, vgl. NDR 4 vom 29. April 2002, Lübecker Nachrichten vom 01. Mai 2002; Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 03. Mai 2002.